

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

N. XXIV/143

Bonn, den 31. Juli 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	<u>Das Unwägbar in Franz-Josef Strauß</u>	74

Von Günter Markscheffel

2	<u>B R E M E N - M Ü N C H E N</u>	49
---	------------------------------------	----

Affärer - Es kommt wohl auf den "Blickwinkel" an

3 - 4	<u>G e s a m t s c h u l e ?</u>	76
-------	----------------------------------	----

Das Pro und Contra in der Diskussion um eine bessere Schule

Von Professor Dr. Georg Willers, Kiel

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

"Darüber müssen wir sprechen"

SPD-Veranstaltungsreihe für die Frauen

Leichtlohngruppen - keine leichte Frage

Aber nur rund 14 Prozent aller im DGB Organisierten sind Frauen

Internationaler Tag der Alphabetisierung am 8. September 1969

Das Unwägbare in Franz-Josef Strauß

Von Günter Markscheffel

Bundesfinanzminister Franz-Josef Strauß ist gewiß ein befähigter und ehrgeiziger Mann. Er hält sich etwas darauf zugute, unter Umständen auch einmal Bundeskanzler werden zu können. In seinem engeren Freundeskreis wird behauptet, Strauß habe in seinem Leben noch jede Hürde genommen; er werde auch diese Hürde, das Bundeskanzleramt, nehmen.

Er selbst hat Absichten dieser Art schon mehrfach dementiert. Merkwürdig ist jedoch, daß niemand Herrn Strauß diese Dementis so recht abnehmen will.

Sei es wie es sei. In Vorbereitung künftiger politischer Großtaten legt Franz-Josef Strauß darauf Wert, schon jetzt als Allround-Staatsmann anerkannt zu werden. Je nach Publikum gibt er sich als Verteidigungsexperte, als Finanzgenie, Raumordner, Landwirtschaftsfachmann oder gar Wissenschaftsbeflissener. Strauß kann das alles. Er redet mit leichter und schneller Zunge, denkt aber auch schnell und ist stets gern bereit, einen möglichen Widersacher entweder zu zerreden oder in den Boden zu zerstampfen.

B e i d e s kann er.

Hier aber liegt das Unwägbare in diesem Franz-Josef Strauß. Er weiß und kann so schrecklich viel, daß selbst dann, wenn er etwas Richtiges sagt, die meisten seiner Zuhörer erst einmal nach den Motiven fragen.

Seit einiger Zeit ist Herr Strauß drauf und dran, ganz systematisch die von der Bundesregierung in ihrer Erklärung vom Dezember 1966 deklarierte Außenpolitik zu unterminieren. Er redet und schreibt über eine europäische Atommacht mit deutscher Beteiligung und tut dabei so, als wüßte er nicht ganz genau, daß eine von deutscher Seite aufgestellte Forderung dieser Art die Bundesrepublik nicht nur von ihren westlichen Freunden isoliert, sondern selbstverständlich im Osten als willkommenes Propagandamaterial gegen uns benutzt wird.

Im Westen sind weder die Amerikaner noch die Briten und schon gar nicht die Franzosen bereit, der Bundesrepublik Zugang zu Atomwaffen zu verschaffen. In Italien, Holland, Belgien, Luxemburg und in den skandi-

navischen Ländern auch nicht.

Im Osten werden Reden von Strauß dieser Art selbstverständlich als "Beweis für die militaristische und revanchelüsterne Bundesrepublik" ausgeschlachtet.

Wenn man ausländischen Gesprächspartnern sagt, die Forderungen eines Herrn Strauß deckten sich nicht mit der deklarierten Außenpolitik der Bundesregierung, lautet die Antwort: "Warum macht dann Bundeskanzler Kiesinger nicht von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch und weist Herrn Strauß öffentlich zurecht?"

Strauß weiß das alles auch. Er redet und schreibt weiter, wie es hier geschildert ist, und meint lakonisch zu Freunden im engen Kreis, der Kanzler habe ihm gar nichts zu sagen; schließlich sei er ja in der entscheidenden Stunde nur dank der CSU-Stimmen in der CDU/CSU-Fraktion zum Kanzler gekürt worden.

Man könnte sagen, Vorgänge dieser Art gehören nun einmal zu den unausbleiblichen Auseinandersetzungen innerhalb einer großen Partei. Gelegentlich spricht man auch von Richtungskämpfen. Wäre dem so, dürfte man mit Gleichmut darüber hinwegsehen.

Es geht aber um etwas ganz anderes. Franz-Josef Strauß ist im Begriff, mit seiner Forderung nach Schaffung einer europäischen Atomstreitmacht mit deutscher Beteiligung, alle bescheidenen Ansätze zur Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses in Europa zu zerstören. Denn im Ausland weiß man auch dies: Strauß redet und schreibt nicht nur so, um sich selbst als enfant terrible der deutschen Politik zu betätigen, er tut es auch - und vielleicht vordergründig -, weil er den Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik rechts überholen will und weil er glaubt, daß es im sogenannten ordnungsliebenden Bürgertum genügend Menschen gibt, die sich wieder einmal nach einem starken Mann sehnen, den sie in der Tat bei einem Kiesinger oder einem CDU-Politiker auf ähnlicher Ebene nicht erblicken können.

Wen wundert es da noch, wenn Franz-Josef Strauß von rebellierenden Studenten sagt, sie gebärdeten sich wie "wilde Tiere"? Man könnte seinen Herr von Hassel ließ nicht von ungefähr in München die Bemerkung treffen, um die NPD gruppierten sich auch Wähler, die nur Ordnung schaffen wollten.

Kleinen Geistern imponiert vermeintliche Stärke. Sie werden von ihr angezogen wie die Mücken vom Licht.

Auch das weiß Franz-Josef Strauß, wobei es ihm sicher ganz gleichgültig ist, was nachher aus den Mücken wird. Es gibt aber auch denkende Bürger in der Bundesrepublik Deutschland, Menschen, denen Kraftprotz, Alleswisserei und Undurchsichtigkeit nicht imponiert. Auf sie wird es ankommen, wenn es demnächst darum geht, das Unwägbare in Herrn Strauß richtig abzuwägen.

+ + + + +

Der in der Mittwoch-Ausgabe unseres Pressdienstes veröffentlichte Artikel von OTTO BRENNER ist ein Auszug aus einer größeren Arbeit, die in der Augustnummer der Zeitschrift NEUE GESELLSCHAFT erscheinen wird. Der Vorsitzende der IG Metall beschäftigt sich darin mit den Aufgaben der Gewerkschaften nach dem diesjährigen Bundeskongreß des DGB.

Die Redaktion

B R E M E N - M Ü N C H E N

sp - Die Vorgänge in Bremen, die Überall als "Grundstücksaffäre" bezeichnet werden, lassen erkennen, daß der junge Bürgermeister Koschnik und die sozialdemokratische Partei im Bundesland Bremen entschlossen sind, die Verantwortlichen für feststellbare Verfehlungen bei Grundstücksvermittlungen und Grundstücksankäufen mit allen gesetzlichen Mitteln zu stellen. Wie Bürgermeister Koschnik und der Landesvorsitzende der Bremer SPD, Kultursenator Moritz Thape, erklärten, werden sie ihre ganze Autorität als Mitglieder der Bremer Regierung und als führende Sozialdemokraten einsetzen, um Licht in das Dunkel der Affäre zu bringen. Hierbei wird auf nichts und auf niemanden Rücksicht genommen werden.

Ganz anders scheint das in Bayern zu sein, wo die CSU mit absoluter Mehrheit regiert. Dort hat Landwirtschaftsminister Dr. Eisenmann, der Nachfolger des früheren langjährigen CSU-Ministers Dr. Alois Hundhammer, zugeben müssen, daß das Bundesland Bayern für ein forstwirtschaftlich nahezu wertloses Grundstück des Grafen Toerring 9,4 Millionen DM gezahlt hat, obwohl der Schätzwert der Oberforstdirektion München nur knapp über 5 Millionen DM, also rd. 4 Millionen DM niedriger gelegen hat. Wie der Politisch-Parlamentarische Pressedienst schon vor einigen Tagen aus München meldete, hätte Graf Toerring jahrelang für sein Grundstück keinen Käufer finden können.

Jetzt stellt sich heraus, daß der zuständige Liegenschaftsreferent ausgeschaltet worden war, weil Graf Toerring nur mit dem damaligen Regierungsdirektor Frank verhandeln wollte. Herr Frank ist inzwischen die Treppe heraufgefallen; er wurde zum Präsidenten der Oberforstdirektion München befördert.

Wie der jetzt zuständige Landwirtschaftsminister Dr. Eisenmann auf eine Anfrage des SPD-Landtagsabgeordneten Dr. Kaub zugeben mußte, hat der damalige Ressortminister Dr. Hundhammer offensichtlich nicht mit der Wimper gezuckt, als der damalige Haushaltsreferent Ministerialrat Heckel seine Zustimmung zum Vertragsabschluß verweigerte. Das für diesen Grundstücksverkauf zuständige Forstamt Bad Tölz wurde erst nach dem Verkauf des mit einem Überpreis von rd. 4 Millionen DM bezahlten Waldgrundstückes von der Angelegenheit unterrichtet, weil Graf Toerring auf einer streng vertraulichen Behandlung seiner Verkaufsabsichten bestanden hatte.

Inzwischen hat der Oberste Rechnungshof in München mitgeteilt, das Amt werde sich mit dem Fall beschäftigen, da zu dem im Jahre 1963 abgeschlossenen Kaufvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Grafen Toerring "noch immer einige Streitpunkte offen" seien.

Es ist merkwürdig, daß diese Grundstücksangelegenheit in Bayern, die bekanntlich nicht die erste ihrer Art ist, im Gegensatz zu der Grundstücksaffäre in Bremen von großen deutschen Zeitungen bisher nur mit wenigen Zeilen "gewürdigt" wurde. Immerhin pfeifen es die Spatzen in München von den Dächern, daß Bayern einen erheblichen Überpreis für das Waldgrundstück des Grafen Toerring bezahlt hat. Die Schutzbehauptung des Landwirtschaftsministeriums, man habe durch die Geheimhaltung des Ankaufes dieses Waldgrundstückes Bodenspekulationen verhindern wollen, wird kaum ernst genommen.

G e s a m t s c h u l e ?

Das Pro und Contra in der Diskussion um eine bessere Schule

Von Professor Dr. Georg Willers, Kiel

In den Auseinandersetzungen um die Gesamtschule tritt häufig die Meinung zutage, es handele sich bei ihr lediglich um eine äußere Zusammenfassung von Schulen, in der nur die Summe des von den heutigen separaten Typen gelehrtens Wissens vermittelt werden. Untrennbar von der Gesamtschule ist aber ein neuer Bildungsbegriff, der aus dem Bedarf der modernen Industriegesellschaft und der Natur und Aufgabe des Menschen abgeleitet wird. Es ist daher unrichtig, der Gesamtschule die "Leistungsschule" entgegenzusetzen, wenn man unter Leistung nur die Beherrschung der Masse des bewältigten Lehrstoffs oder kaltes Intellektualisieren versteht.

Wer in der vergleichenden Pädagogik nicht zu Hause ist, behauptet zuweilen, die Gesamtschule sei einer "Ideologie" entsprungen. Das ist falsch, denn sie entstand am Ende des 19. Jahrhunderts im Bürger- und Bauerntum der USA aus rein praktischen Bedürfnissen.

Ein weiterer Irrtum besteht in dem Glauben, die Gesamtschule müsse eine ganz bestimmte Form haben, die irgendwo existiere und die man nachahmen könne. Genau das Gegenteil ist richtig. Das Wesen der Gesamtschule besteht in ihrer Flexibilität, ihrer Anpassungsfähigkeit an regionale Bedürfnisse, Schülerbegabung und Elternwünsche.

Freiheit gehört zum Wesen des wissenschaftlichen Experiments. Die geforderte "Kontrolle" darf daher nicht zu eifersüchtiger Schnüffelei, zum staatlichen Dirigismus führen. Voraussetzung für den Erfolg von Gesamtschulversuchen ist daher für den kommunalen Unterhaltsträger wie für die Leiter ein hohes Maß von Selbständigkeit.

"Verlorene Jahre für die Kinder". Das dichten die Gegner der Gesamtschule an; ausgerechnet das, was sie vermeiden will.

Wo in der Welt gibt es für falsch eingeschulte und überforderte Kinder, die infolge Sitzenbleibens oder vorzeitigen Abgangs so viel Jahre verlieren, wie in der Bundesrepublik? Ist es nicht pädagogisch bedenklich und Verschwendung öffentlicher Mittel, wenn ein Kind ein ganzes Jahr lang elf Fächer (auch solche, in denen es "befriedigend" hatte) wiederholen muß, wenn es in zweien nicht genügt?

Vielfach glaubt man, Gesamtschulen müßten unbedingt Mammutgröße haben. Ich habe in den USA Comprehensive High Schools (zusammenfassende Oberschulen) von hundert und solche von mehr als zweitausend Schülern gesehen. Als zweckmäßig gilt auch drüben eine Schule von ca. 800 Schülern.

Falsch ist auch die Meinung, die Gesamtschule könne nur als Vollanstalt an einem Orte und in einem Gebäudekomplex bestehen. Es ist durchaus möglich, daß sich auf mehreren Grundschulen, die ja heute schon praktisch Gesamtschulen sind, eine einzige differenzierende Mittelstufe (Klasse 5 bzw. 7 - 10) aufbaut. Mehrere von ihnen könnten wiederum Basis werden für die Oberstufe einer Gesamtschule mit College-Charakter (Studienstufe eines Gymnasiums und höhere Fachschule). Gesamtschulsysteme bestehen nicht grundsätzlich aus Riesenanstalten, sondern aus aufeinander abgestimmten differenzierenden Einzelschulen (siehe Skandinavien).

Die Gesamtschule muß von unten her wachsen. Sie hat unnatürliche Geburtsschwierigkeiten, wenn man gewaltsam drei Schultypen vereinigt oder aus ihnen Schüler, die dort nicht recht vorwärts kommen, zusammenlockt.

Aus den bisherigen Ausführungen und den Erfahrungen des Auslandes ergibt sich, daß Gesamtschulen auch für "Ballungsräume", d.h. dicht bevölkerte Industriegebiete, geeignet sind, denn hier gibt es die meisten sozial benachteiligten begabten Kinder, die nur dann die ihnen nach dem Grundgesetz zustehenden gleichen Chancen haben, wenn sie rechtzeitig und individuell in öffentlichen Einrichtungen gefördert werden. Ideal, aber nicht billig, sind natürlich "Schuldörfer" mit Internaten und Ganztagsunterricht irgendwo im Grünen, aber man soll nicht unnötigerweise mit Kindern in der Weltgeschichte herumfahren und brauchbare Gebäude leerstehen lassen.

Wo pädagogische Argumentationen nicht ausreichen, taucht oft die Behauptung auf, ein Gesamtschulsystem sei teurer als das dreigliedrige. Hier liegt ein Rechenfehler zu Grunde. Nach Angaben des Kieler Finanzexperten, Bürgermeister Titzck, kostet ein Gymnasiast ca. fünf mal so viel wie ein Volksschüler, bzw. Realschüler. Es würde also Geld gespart, wenn die auf dem Gymnasium scheiternden und die von ihm ferngehaltenen begabten Kinder sofort den ihnen angemessenen Unterricht erhielten. Auf der Mittelstufe der Gesamtschule könnten weithin geeignete Realschullehrer und Volksschullehrer in ihren Wahlfächern unterrichten, so daß die knappen wissenschaftlich gebildeten und höher besoldeten Philologen für die Oberstufe frei würden. "Das deutsche Bildungswesen ist die unwirtschaftlichste Institution der Welt!" Wenn die Autoindustrie organisatorisch und technologisch so rückständig wäre, würde ein Volkswagen 20 000 DM kosten." - Das sagte 1968 auf der Didakta Hannover ein leitender schwedischer Ingenieur. + + +